

Erfurt, den 16.01.2012



**Neujahrsempfang
der Architektenkammer Thüringen und der
Ingenieurkammer Thüringen
am 16.01.2012 in Erfurt**

Sperrfrist, Montag, 16.01.2012, 11:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort !

Im Respekt vor den klugen Worten meiner Vorredner, aber auch aus der Notwendigkeit des Themas unseres Empfanges: "*Partizipationskultur als eine Chance für intelligentes Wachstum*" zu betrachten, bin ich als Schlussredner in der komfortablen Position zu sagen, dass ich mich den Aussagen meines Kollegen Strube auch aus der Sicht der Ingenieure anschließe, obgleich wir nicht explizit benannt sind. Die tägliche Praxis der erfolgreichen Arbeit unserer Kammern belegen unsere natürlichen, sich ergänzenden Gemeinsamkeiten. Im Übrigen weiß jeder, dass überall, wo Architektur drauf steht, zum großen Teil Ingenieurwissen drinsteckt.

Wir stehen am Anfang eines aus verschiedenen Blickwinkeln spannungsgeladenen, um nicht zu sagen problembehafteten Jahres. Gerade in unserem Bereich, der auf erhebliche Finanzmittel angewiesen ist, sind funktionierende Netzstrukturen in Hoffnung, Zuversicht, Bereitschaft zum Wagnis unerlässlich, wie Hartmut Strube mit Verweis auf Gerhard Matzig's Buch "Einfach dagegen" formuliert hat.

Die neue Sicht auf unsere Gesellschaft bedarf veränderter flexiblerer Strukturen, die maßgeblich auch von einer verantwortungsvollen Informationskultur beeinflusst und getragen werden.

Die Triade aus Strategie, Sachkenntnis und Demokratie, also das Feld der Politiker, der Fachleute schlechthin, und effizientere Kontrollmechanismen sind als Spannungsfeld in Balance zu halten. Versagt oder überwiegt eine oder mehrere dieser Kräfte, kommt es zu Konflikten.

Die in den letzten Jahren unübersehbaren Vorbehalte gegen Großprojekte belegen dies. Die in der Gesellschaft spürbare Technikfeindlichkeit ist die Folge und erzeugt Furcht vor einer Bedrohung der sozialen Unversehrtheit, Verlust von wirtschaftlichem Gewinn und Beargwöhnung einer naturschützenden Nachhaltigkeit.

Man kann über den Ruck in der Energiepolitik der Bundesregierung geteilter Auffassung sein, auch dass sich unsere Nachbarländer nach wie vor der Atomenergie widmen. Aus Sicht eines Ingenieurs ist gerade für diese Technologie zweifelsfrei, dass sie, mit welchen Wahrscheinlichkeiten und statistischen Absicherungen auch immer, keinen absoluten Schutz vor einer Katastrophe ermöglicht. Es hat aber auch

die Diskussion bis zum Oktober 2010 gezeigt, dass Lobbyismus und politisches Kalkül sachliche technische Argumente negiert haben. Das unmittelbare Erleben von Fukushima hat den Wechsel ermöglicht. Es liegt an uns, die Konsequenzen daraus innovativ zu meistern und ingenieurtechnische Lösungsansätze zu entwickeln.

Nach diesem kurzen Nachtrag zu den Grundsätzen unseres Themas aus Ingenieursicht möchte ich einige kurze Aspekte mit spezieller Bedeutung für unsere Arbeit aus Thüringer Sicht ergänzen:

Ich werde nicht über die Reizthemen VOF und HOAI reden. Dazu gab es entsprechende Workshops, die dieses Thema ausführlich in 2011 behandelt haben. Auch in diesem Jahr werden wir uns diesen Themen widmen müssen. 2013 soll die abschließend novellierte - bereits vor drei Jahren hat schon eine Novellierung stattgefunden - HOAI in das Bundeskabinett eingebracht und im Bundesrat verabschiedet werden. Hoffen wir!

Es scheint, dass schon bei kritischer Erwähnung von Bologna“, zumindest im Hochschulbereich, Maßregelungen zu befürchten sind. Die Hochschulen habe ihre Curricula, wozu sie mehr oder weniger genötigt wurden, umgestellt. Der Zug ist abgefahren. Wir bleiben skeptisch und kritisch. Wir werden also sehen, welche akademischen Ergebnisse angeboten werden. Schon jetzt ist ein verhängnisvoller Trend erkennbar, die Hochschulen über Kopfprämien zu finanzieren. Das führt zwangsläufig dazu, dass die Studiengänge möglichst fein differenziert werden, um Studenten und damit Personal zu generieren. Es gilt auch hier - wie in der Wirtschaft - nur das zu produzieren, was gebraucht wird oder in der Verantwortung der wissenschaftlichen Prognose künftig notwendig ist. Wenn für etwa 1000 Studenten mehr als 30 Studiengänge vorgehalten werden, ist das wirtschaftlich unvertretbar. Wir brauchen Ingenieure mit einer komplexen grundständigen Bildung, die eine breite Berufsverwendung erlaubt und dann erst die notwendige Spezialisierung vermittelt, wahrscheinlich in verschiedenen Richtungen und mehrfach im Laufe eines Berufslebens.

Es gibt aus den Fachverbänden der Universitäten und Hochschulen Bestrebungen, die uns im Kammergesetz übertragene Berechtigung - auf Antrag und unter Prüfung von bestimmten Voraussetzungen -, die geschützte Berufsbezeichnung "Ingenieur" zu verleihen, für sich reklamieren zu wollen.

Dem widersprechen wir entschieden. Man wird "Ingenieur" a priori nicht durch einen akademischen Grad, sondern im Nachweis einer erfolgreichen Ingenieurtätigkeit in der Praxis. Dies festzustellen, ist eine der den Kammern per Gesetz übertragenen Aufgaben. Gleiches gilt seit Jahren für die geschützte Berufsbezeichnung "Architekt".

Wenn ich eingangs von Finanzvoraussetzungen für unsere Berufstätigkeit sprach und auch Minister Carius davon, dass für absehbare Zeit alles geplant und bezüglich der Bauvorbereitung geregelt ist, dann erwarten wir, dass im Sinne der Governance, wie sie bei der Gründung der Landwirtschaftsakademie im Festvortrag von Prof. Magel "Neue Qualität und Zukunft des Regierens" vorgetragen wurde, die Transparenz der Haushaltsabsichten gewahrt bleibt. Im konkreten Fall müssen wir den Verlust von etwa 800 Ingenieuren, damit verbunden etwa 400 Stellen für Technische Mitarbeiter, befürchten, wenn es bei den bisherigen Haushaltsregelungen für 2012 und 2013 bleibt. Dies war für uns nicht absehbar und ist strukturell nicht zu regeln.

Für die betroffenen Büros kann dies wegen der finanziellen Konsequenzen aus dem Kündigungs-/Arbeitsrecht zum Insolvenzrisiko werden. Die entgegen den bisherigen Planungen erheblichen Reduktionen im Baubereich, insbesondere der Infrastruktur, sind aus technischer Sicht unvertretbar. Unterlassungen auf diesem Sektor betreffen die Wirtschaftsentwicklung ausgewählter Standorte unmittelbar. Dies zieht ein Vielfaches an erhöhten Nachholekosten zur Sicherung der Funktionalität nach sich.

Ministerpräsidentin Lieberknecht hat in ihrem Neujahrsgruß zu Recht die Notwendigkeit der Internationalisierung der Thüringer Wirtschaft angemahnt. Dies gilt ganz besonders für Architekten und Ingenieure. Wir verfügen über ein qualitativ hochwertiges Potential ingenieurtechnischer Dienstleistungen, die sowohl in gestalterischen, als auch im spezifischen ingenieurtechnischen Bereich über Jahrhunderte gewachsen sind und ein verkäufliches Wirtschaftsgut darstellen. Insofern appellieren wir an die Landesregierung - auch um gewisse innere Defizite zu kompensieren - strukturelle Voraussetzungen zu schaffen für die Vermarktung von technischen Dienstleistungen.